

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Boten: Sozialdemokrat Berlin.

# Dorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Cindenerstraße 3-5 Uhr

Verleger: Dorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Die schwere Entscheidung.

## Kabinettsrat der Reichsregierung.

Heute nachmittag tritt die Reichsregierung zu einer Kabinettsitzung endlich wieder zusammen, in der die Frage der Teilnahme Deutschlands an einer Konferenz über den Sicherheitspakt behandelt werden soll. Nicht der Reichspräsident von Hindenburg, sondern der Reichskanzler Dr. Luther wird den Vorsitz führen. Eine Entscheidung dürfte am heutigen Tage noch nicht fallen, sondern erst die grundsätzliche Stellung des Kabinetts geklärt werden.

Alles hängt von der Stellungnahme der deutschnationalen Minister ab, welche wiederum von der Stellungnahme der deutschnationalen Parteinstanzen abhängig ist. Der technische Vorgang dürfte sich etwa folgendermaßen abspielen: In der heutigen Kabinettsitzung werden sich die deutschnationalen Regierungsmitglieder an der Hand des Berichtes von Ministerialdirektor Gaus „informieren“; sodann werden sie am Dienstag ihre Parteinstanzen „informieren“; danach werden sie ihrerseits die Regierung in einer neuen Kabinettsitzung über die Stellungnahme ihrer Partei „informieren“; dann wird — hoffentlich endgültig — die Entscheidung des Kabinetts fallen, und am Mittwoch dem Auswärtigen Ausschuss mitgeteilt werden.

Die schwere Stunde der Deutschnationalen naht. Die Rechtspresse ist vollkommen still. Unter der Oberfläche spielen sich aber die heftigsten Meinungskämpfe ab. Es muß indessen mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Deutschnationalen dieses Spiel der wechselseitigen „Information“ nicht in die Länge ziehen. Die Sachlage ist in Wirklichkeit schon längst klar gestellt. Die Mitteilungen, die Ministerialdirektor Gaus in der heutigen Kabinettsitzung machen wird, sind zwar zweifellos von großem Interesse, aber das Grundprinzip des Sicherheitspactes wird von ihnen kaum berührt. Wenn die Deutschnationalen sich jetzt mit aller Heftigkeit gegen eine „freiwillige Preisgabe deutschen Landes“ wenden, so ist das eine nachträgliche Komödie, denn, wie die vorkriegszeitliche „Königliche Zeitung“ mit Recht bemerkt, ist der Verzicht auf Elsass-Lothringen, der damit gemeint ist, die Grundlage der gesamten Vorkriegsverhandlungen seit dem deutschen Februar-Memorandum gewesen. Das haben die Deutschnationalen von der ersten Stunde an gewußt und sie haben es durch ihre Abstimmungen vom 25. Juli im Reichstag gebilligt. Was sich daher gegenwärtig zwischen Kabinettsrat und deutschnationalen Parteinstanzen abspielt, ist in Wirklichkeit nur verlorene Zeit. Entweder die Deutschnationalen machen mit oder sie machen nicht mit. Aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren!

## Joseph Wirth in New York.

### Erklärungen zur Reparationsfrage.

New York, 21. September. (TB.) Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth hat nach seiner Ankunft in New York Journalisten gegenüber erklärt, man müsse sich darüber klar sein, daß man, sobald eine Regelung der interalliierten Schulden erzielt worden sei, auch eine endgültige Lösung der Reparationsfrage finden müsse. Nach dem ersten Jahre des Dawes-Plans, das eine Art Atempause darstelle, werde Deutschland erst das ganze Gewicht der Last fühlen, die ihm der Plan auferlege. Die Räumung des Ruhrgebiets sei nur eine logische Folge der von ihm und Rathenau eingeschlagenen Politik.

## Amerika und Marokkokrieg.

### Die Teilnahme amerikanischer Flieger geschwidrig.

Washington, 21. September. (TB.) Das Staatsdepartement hat den amerikanischen diplomatischen Vertreter in Tanger beauftragt, die amerikanischen Flieger, die zusammen mit den Franzosen gegen die Rifskulte kämpfen, zu verständigen, daß sie hierdurch die Gesetze der Vereinigten Staaten verletzen. Das Staatsdepartement sagt indes nicht, ob weitere Schritte ins Auge gefaßt werden.

Paris, 21. September. (TB.) Wie die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter aus Washington melden, erfolgte die Auforderung an die amerikanischen Flieger in Marokko, sofort aus der Armee des Sultans auszutreten auf Grund eines Gesetzes, das jeden amerikanischen Bürger, der an Feindseligkeiten gegen eine Macht teilnimmt, mit der Vereinigten Staaten nicht im Kriege leben, mit Geldbuße oder Gefängnis bedroht. Die amerikanischen Flieger in Marokko dienen zwar nominell in der Armee des Sultans, unterstehen aber dem französischen Kommando. In offiziellen Washingtoner Kreisen hat besonders die Klage unangenehm berührt, die von französischer Seite mit der Anwesenheit amerikanischer Flieger in Marokko getrieben wurde. Ein Botschaftertrahler Abdel Krim soll außerdem in Washington gegen die Teilnahme von Amerikanern an den kriegerischen Handlungen protestiert und darauf hingewiesen haben, daß diese Flieger amerikanische Uniformen tragen. Das Vorgehen Kelloggs hat in Paris großes Aufsehen erregt.

Jes, 21. September. (Havas.) Nach hier eingegangenen Nachrichten sind die Spanier vorgeückt und sollen einen Punkt 10 Kilometer vor der Nordgrenze des Gebiets der Gesania erreicht haben. Ritttruppen sammeln sich bei Bokanos, um den Kampf gegen die Spanier aufzunehmen. Bei der Landung der Spanier sollen die Beni Urialag sehr große Verluste gehabt haben. Gestern entfalteten die französischen Flieger eine rege Tätigkeit und warfen längs des Luftkorridors Bomben ab. Infolge des Bombardements ist die Stadt Echeghauen geräumt worden, und der Bruder Abd el Krim hat sein Hauptquartier nach

Tazrut verlegt. Vom mittleren Frontabschnitt werden neue Unterwerfungen gemeldet. Der französische Posten von Bab Tania ist angegriffen worden, hat jedoch den Feind unter Verlusten zurückgewiesen. Das 19. Armeekorps meldet, daß auf Anordnung Abd el Krim einige Bornehme aus dem Stamm der Beni Bunala, die beschuldigt wurden, sich unterwerfen zu wollen, nach Targist weggeführt wurden. Die Branes haben die Tzuls angegriffen, die sich in der Gegend von Lembert unterworfen hatten, sind jedoch zurückgewiesen worden.

### Abd el Krim verwundet?

Paris, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach hier vorliegenden noch unbestätigten Meldungen aus englischer Quelle soll Abd el Krim bei den letzten Kämpfen um das Bergmassiv von Bibane durch eine Kugel im Bein verwundet worden sein. (Ganz auf der Höhe modernen Führertums scheint dieser Kriegsführer also noch nicht zu stehen, sonst wäre er nie und nimmer in den Feuerbereich geraten. Red. d. B.)

## Sozialreaktion in Schanghai.

Schanghai, 21. September. (TB.) Das Hauptquartier des Allgemeinen Arbeiterverbandes wurde auf Befehl des Generals Ping, Befehlshaber der hier stehenden Truppen Tschangtschins, geschlossen. Die Beamten des Verbandes haben sich versteckt, ein bekannter Agitator ist verhaftet worden. Eine große Anzahl Streikender hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Tokio, 21. September. (Reuter.) Das japanische Auswärtige Amt hat vertrauliche Nachrichten aus China erhalten, nach welchen Krieg zwischen Tschangtschins und Fungghuans bevorstehe. Das japanische Kabinet beschloß, im Fall des Ausbruchs von Feindseligkeiten in China neutral zu bleiben. Es versteht sich von selbst, daß in einem solchen Fall die Zollkonferenz nicht stattfinden würde.

## Demokraten und Schulgesetz.

### Parteiausschuß der Demokratischen Partei.

Der Parteiausschuß der Demokratischen Partei nahm auf seiner gestrigen Tagung folgende Entschließung an:

„Die Deutsche Demokratische Partei lehnt den durch die Presse bekanntgewordenen Reichsschulgesetzentwurf, weil im Widerspruch stehend zu Wort und Geist der Verfassung, mit Entschiedenheit ab und legt Verwahrung gegen den beabsichtigten Verfassungsbruch ein. Das geplante Reichsschulgesetz zerschlägt die durch geschichtliche Entwicklung und Verfassungsrecht gegebene Staatschule und entzieht dem Staat zugunsten einer kirchlichen Schulhoheit, welche die von allen preisgegebene geistliche Schulaufsicht weit hinter sich läßt. Er raubt dem deutschen Schulwesen jegliche Selbständigkeit, dem deutschen Lehrerstand die durch die Verfassung gegebenen staatsbürgerlichen Rechte. Es unterwirft alle Kinder, die durch die Verhältnisse gezwungen Bekenntnisschulen besuchen müssen, einem unerhörten Gewissenszwang und unterbindet jegliche Entwicklung im Sinne des Artikels 146 Abs. 1 der Verfassung. Die nach Artikel 174 der Reichsverfassung besonders zu schützende Simultanschule in Baden, Hessen und Hessen-Nassau wird vollständig und absichtlich preisgegeben. Der Entwurf leidet eine Meritalkürzung des gesamten Schulwesens ein, die zu heftigen, die Volkseinheit dauernd gefährdenden Kämpfen führen müßte.“

## Tuntenhausener Reaktion.

### Deutschnationaler Bierbrauer des Bauernbrotors Heim.

München, 21. September. (TB.) Der Tuntenhausener Bauerntag, an dem von der bayerischen Regierung Sozialminister Oswald teilnimmt, wurde von dem Abgeordneten Dr. Heim mit einer Rede eröffnet, in der er erklärte, seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sei das Verhältnis Deutschlands zum Auslande nicht ungünstiger, sondern günstiger geworden. Zur Frage des Sicherheitspactes erklärte der Redner, daß er die Notwendigkeit eines solchen nicht anerkennen könne, weil Deutschland unbewaffnet sei, während Frankreich von Waffen stärke. Deutschland habe eher Sicherung nötig als Frankreich. Wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, so würde das nur bedeuten, daß der Versailler Vertrag weiter verlängert werde. Ein schwaches Volk dürfe sich nach keiner Seite hin verpflichten und müsse eine Politik der Unverbindlichkeit treiben. Zur inneren Politik übergehend erklärte Dr. Heim nach einer scharfen Kritik an der Regierungsführung in Berlin, unverständlich sei ihm bis zur Stunde die Haltung des Zentrums. Es gebe keine Einigung innerhalb der deutschen Katholiken, solange nicht grundsätzlicher Wandel geschaffen sei hinsichtlich der Stellungnahme des Zentrums zur Frage: Zentralgewalt oder Wahrung der Selbständigkeit der Länder? Wenn die Führer der Bayerischen Volkspartei die Parole ausgeben würden: Zurück zum Zentrum, dann würden Hunderttausende in Bayern die Führer der Bayerischen Volkspartei verlassen. (Stürmische Zustimmung.) Mit dem Reichsschulgesetz, auch in der neuen Fassung, würde die christliche Erziehung erschüttert werden. Hinsichtlich des Preisabbaues betonte Dr. Heim, daß er für die Bauern, die schlechtere Preise als vor dem Kriege erzielen, nicht in Betracht käme. Zum Schluß richtete der Redner an die Versammlung die Mahnung, den Kampf um die Erhaltung der letzten Reste der bayerischen Selbständigkeit mitzukämpfen. Als zweiter Redner sprach Landtagsabgeordneter Schäffer, der es als die Aufgabe der Zentrumspartei im Reich bezeichnete, für eine gerechte Würdigung der Verhältnisse in Bayern einzutreten, und nicht den Versuch der Spaltung der Bayerischen Volkspartei zu unternehmen.

## Der Ostpakt.

### Tschechische Außen- und Innenpolitik.

Von Emil Strauß, Prag.

Die tschechische Außenpolitik sieht — wie selbst tschechische Blätter nunmehr zugeben müssen — vor einer schweren Niederlage. Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt, die demnächst in der Schweiz stattfinden werden und für die Entwicklung der europäischen Politik in den nächsten Jahren gewiß von großer Bedeutung sind, werden nicht im Beisein des tschechoslowakischen Vertreters abgehalten, sowohl die Tschechoslowakei als auch Polen bleiben vorläufig von der Teilnahme an diesen Verhandlungen ausgeschlossen und können nicht unmittelbar an der Gestaltung des Sicherheitspactes mitarbeiten.

Die tschechoslowakische Außenpolitik war unter Führung des Ministers Dr. Beneš, der das Außenamt seit der Entstehung dieser Republik leitet, reich an äußeren Erfolgen. Der Grundgedanke der auswärtigen Politik der Tschechoslowakei war die Sicherung des neuen Staatsgebildes. Was die Tschechen in erster Linie bewegt, ist das Bewußtsein der ungünstigen geographischen Lage dieses Staates, der an nicht weniger als drei Seiten von deutschem Gebiet, nämlich von Deutschland und Oesterreich, begrenzt wird. Den Schutz gegen die Deutschen suchten nun die Tschechen in der engsten Anlehnung an Frankreich und in der Schaffung eines Blocks in Mittel- bzw. Osteuropa, auf den sie sich stützen können. So kam im August 1920 das Bündnis mit Südslawen zustande, das sich im April 1921 durch den Vertrag mit Rumänien zur sogenannten kleinen Entente erweiterte. Das Verhältnis der kleinen Entente zu den Westmächten wurde in einem Bündnisvertrag mit Frankreich vom Dezember 1923 und in dem Freundschaftsvertrag mit Italien vom Mai 1924 geregelt. In diesem System von Bündnissen sieht Beneš die Garantie für die Integrität der Tschechoslowakei und ihre Stellung in Europa.

Durch die Aenderung in dem Verhältnis Deutschlands zu den Westmächten ist nun auch für die Tschechoslowakei eine andere Situation entstanden. Infolge des Dawes-Gutachtens und der Räumung des Ruhrreviers hat das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich an Spannung verloren, und durch den in Verhandlung stehenden Westpakt wird es möglich sein, eine Entspannung der gesamten außenpolitischen Situation in Europa herbeizuführen. Um nun unter diesen neuen Verhältnissen eine neue Sicherung für die Tschechoslowakei zu erhalten, hat Beneš schon vor längerer Zeit die Forderung nach einem Ostpakt erhoben, das heißt, Deutschland soll gegenüber Polen und der Tschechoslowakei dieselben Garantien eingehen wie gegenüber Frankreich. Durch die Weigerung Englands, als Garant für einen solchen Ostpakt aufzutreten, ist nun diese Frage vorläufig von der Bildfläche der aktuellen europäischen Außenpolitik verschwunden, was eben in der Tschechoslowakei nicht nur in den Kreisen der Opposition, sondern auch der Regierungsparteien als die schwerste Niederlage der tschechoslowakischen Außenpolitik seit 1918 empfunden wird.

Diese Niederlage müßte nicht so groß sein, wenn die tschechoslowakische Regierung aus der neuen außenpolitischen Lage die entsprechenden Konsequenzen ziehen und eine andere Sicherung für den Staat suchen würde. Die beste Sicherung für die Tschechoslowakei in aller Zukunft wäre die Verfestigung mit den nationalen Minderheiten, mit den die Grenzen des Staates bewohnenden Deutschen und Magyaren. In der inneren Politik des Staates aber geschieht seit geraumer Zeit das Gegenteil. Seit 1918 wird in der Tschechoslowakei gegen die Deutschen regiert. Eben jetzt werden die Existenz hundert deutscher Staatsangehöriger vernichtet durch den Staatsangestelltenabbau, der zu einem Abbau der deutschen Staatsangestellten geworden ist, die Durchführung der Bodenreform erfolgt in einer Art, daß die deutschen Landarbeiter um ihren Arbeitsplatz, die deutschen Kleinbauern um ihre Pachtgründe kommen. Besonders schmerzhaft aber empfinden die Deutschen dieses Staates in der letzten Zeit den Schlag, den man gegen das deutsche Schulwesen geführt hat. Seit dem Bestehen der Tschechoslowakei sind nicht weniger als 4000 deutsche Schulklassen gesperrt und Hunderte von Schulen aufgelassen worden. In größeren Städten wie Teplic, Eger und Friedland gibt es nur drei- bis vierklassige Volksschulen, und auch die deutschen Kinder der Hauptstadt Prag haben nicht die Möglichkeit, fünfklassige Schulen zu besuchen! Dieses rücksichtslose diktatorische Vorgehen gegen die Deutschen verbittert die deutsche Bevölkerung, verschärft deren Gegensatz zur gegenwärtigen Staatsgewalt und ist insbesondere ein Schaden für die deutsche Arbeiterschaft dieses Staates.

Wenn die gegenwärtigen Regierungsmänner und insbesondere der Außenminister, der doch Sinn für das Reale hat, für die Zukunft des Staates Sicherheiten wollen, so können diese in nichts anderem besser gefunden werden als in einem nationalen Ausgleich der Völker dieses Staates. Die Verfestigung der Nationen ist für die Tschechoslowakei der beste Sicherheitspakt, und wir deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei zweifeln gar nicht daran, daß eine deutsch-tschechische Verständigung auch von unseren reichsdeutschen Genossen als ein unbedingter guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei aus vollem Herzen begrüßt werden würde.

Der tschechoslowakische Botschafter in Berlin, Professor Kratoch, hat dem deutschen Außenminister die Bereitwilligkeit der Prager Regierung mitgeteilt, mit Deutschland über einen Schiedsgerichts-

vertrag zu verhandeln. Dieses Angebot scheint ein rascher Erfolg seiner tschechischen Pressbestimmungen zu sein, die in letzter Zeit betont haben, daß der Politik Frankreichs offensichtlich mehr an einem guten Verhältnis zu Deutschland als an der militärischen Bündnisbereitschaft der Tschechoslowakei und Polens liege; Polen ziehe hieraus schon die Konsequenz, indem es sein Verhältnis zu Rußland verbessere, da sollte die Tschechoslowakei sich auch dahin wenden, wo ihre wirklichen Interessen liegen. Einen Anfang solcher „Reorientierung“ kann dieses Angebot bedeuten. Seine Annahme ist selbstverständlich.

Es ist zu erwarten, daß sich dem Schritte der Tschechoslowakei eine Parallelfaktion Polens anschließt, so daß sich hieraus die geplanten Parallelverhandlungen zum Westpakt über die Regelung der Verhältnisse im Osten entwickeln können.

## Kufmann und Knoll.

### Knoll dirigiert Presse und Untersuchungsausschüsse.

Genosse Kuttner schreibt uns: Wer die unzuständige Vernehmung der Professoren Caspary und Kufmann am Sonnabend von A bis Z mitgemacht hat, der wird in der gesamten Rechtspresse, wie in ihrem Anhängel, der „Roten Fahne“ vergeblich ein Wort der Wahrheit über den Verlauf der Verhandlungen suchen. In knallender Aufmachung werden die Anschuldigungen der Professoren gegen das Justizministerium dargestellt, dagegen totgeschwiegen, wie jämmerlich die Herren zusammenbrachen, als sie Beweis für ihre Behauptungen antreten sollten. Dasselbe gilt von ihren Verleumdungen gegen den Genossen Heilmann, die sich bei näherer Betrachtung als reine Kombinationen und Hiragezucke erweisen, aber jetzt von der Rechtspresse und der ihr zuzurechnenden „Roten Fahne“ als Tatsachen in die Welt gesetzt werden.

Berschwiegen wird dagegen das positive Ergebnis der Vernehmungen, nämlich das, was nicht nur behauptet, sondern auch bewiesen wurde. Nach dem eigenen Geständnisse der Herren Caspary und Kufmann ist nämlich absolut sicher:

1. Daß beide Herren die Heftkampagne der Leopold und Bacmeister gegen das Justizministerium unterstützten und an den Heftartikeln durch Lieferung von — unwarrem — Material mitgearbeitet haben.

2. Daß Herr Kufmann in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt in der Sache Barnat und Genossen einen Teil der Ermittlungen in dieser Sache nicht durch die zuständigen Behörden, sondern durch das deutschnationale Bureau Kluge-Knoll hat vornehmen lassen, daß er persönlich Herrn Knoll mit Redereien beauftragt und damit natürlich auch gleichzeitig über den Gang des Verfahrens wesentlich informiert hat, während auf der anderen Seite Herr Knoll seine Kenntnisse an die deutschnationale Presse verhöferte.

Diese beiden Tatsachen genügen vollständig, um schon jetzt jedes Verbleiben der beiden genannten Professoren im preussischen Justizdienst unmöglich zu machen. Herr Kufmann beruft sich — einzige Entschuldigung — darauf, daß das Bureau kein solches der Rechtsparteien gewesen sei, obwohl er die Finanzierung des Bureaus durch den deutschnationalen Abgeordneten Leopold und den rechtsgerichteten Journalisten Bacmeister als ihm bekannt zugestehen mußte.

Herrn Kufmann kann aber geholfen werden: Herr Kluge-Knoll hat beispielsweise bei der Reichspräsidentenwahl intensiv für Hindenburg und gegen Marx gearbeitet. Es liegt hierüber das Original eines von „Dr. Kluge“ (Knolls Deckname) geschriebenen, schreibmaschinellen, aber mit Zusätzen von Knolls Hand versehenen Artikels vor, der in mehreren Organen der Rechtspresse erschienen ist und (der ganzen Tendenz des Artikels entsprechend) mit folgenden Worten schließt:

„Zusammenfassend würde Marx eine Fortsetzung, wenn nicht Verschlimmerung der Korruption und eigenmächtigen Parteiwirtschaft bedeuten, während Hindenburg gleichbedeutend ist mit einem Programm der Reinigung und rückwärtigen Aufschwung ohne Ansehen der Person und Partei.“

Herrn Knolls Einsprüche erstrecken sich aber nicht nur auf die deutschnationale Presse, sondern er dirigierte auch die deutschnationale

Fraktion im Untersuchungsausschuß. In einem Brief an die „Nationalpost“ vom 24. April 1925 schreibt Herr Knoll:

„Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie nochmals bitten, eine, wenn auch kurze Besprechung der von Herrn von Dewig (deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, D. Red.) am 18. April auf meine Veranlassung im Barnat-Untersuchungsausschuß gestellten Fragen über die Vorgänge Haag im Januar 1918 zu bringen, in denen Herr Scheidemann in Verbindung mit dem englischen Gesandten Tomney eine interessante Rolle spielt.“

Prompt erscheint in der „Deutschen Zeitung“ vom 2. Mai 1925, die offenbar ähnlich von Knoll angeregt ist, ein Artikel, in dem es in einer wütenden Polemik gegen den „Vorwärts“ heißt:

„Im Untersuchungsausschuß sind am 18. April einige Fragen an Barnat gestellt worden über eine gewisse Tätigkeit des Herrn Scheidemann im Sommer 1918 in Holland. Es ist da auch der englische Gesandte Tomney genannt, dem man den Vorschlag einer Revolution in Deutschland gemacht haben soll. Wir fragen vorläufig „soll“ und wollen abwarten, was der „Vorwärts“ dazu zu sagen hat.“

„Wer hiernach nicht den Charakter des Knoll-Bureaus als eines Parteiuunternehmens der Rechten einzusehen vermag, dem ist nicht zu helfen. Aber es lassen sich noch Dutzende von ähnlichen Belegen finden. Nur Herr Kufmann weiß nichts davon, weil er mit Knoll intim befreundet war!“

## Provinzialsynode und Kolonialpolitik.

### Appell an die unterjochten Völker.

Nach heißen Wahlkämpfen, wie sie der Bildung jeder parlamentarischen Körperschaft, auch einer kirchlichen, vorauszugehen pflegen, ist die Brandenburgische Generalsynode durch die Behandlung der Missions- und der römischen Gegenreformations-Frage auf ihrem Höhepunkt angelangt. So berichtet wenigstens die „Kreuzzeitung“ und die muß es wissen.

Wie sich diese heiße kirchliche Wahlkampf unter den Herren Superintendenten und Pastoren weiter ausgewirkt hat, wird leider nicht vermerkt.

Dagegen ist das Wort über die evangelische Befriedung der Nationen, wie es sich im Zeitalter der Erbrüstung und des Völkerbundes im Kopf eines evangelischen Missionsdirektors malt, über den Rahmen der Brandenburgischen Generalsynode hinaus zweifellos von Interesse. Ein Missionsdirektor Dr. Knaf berichtete nämlich hierüber folgendes:

„Wunderbar hat Gott die deutsch-evangelische Mission geführt, die während des Weltkrieges, abgehalten von Rutterlande, in ihrer Existenz bedroht schien. Jetzt haben die Siegerstaaten durch die in den Krieg wider ihren Willen hineingezogenen Völker überall schwere Sorgen: In Indien wie in Afrika ist die Opposition der unterjochten Völker erwacht und lehnt sich auf wider die fremde Herrschaft. In China, wo die Ausweisung der deutschen Missionare nur durch einen Sturm der Chinesen gegen ihre Regierung verhindert wurde, hat sich das Blatt völlig gewandt. In der Südpazifik Erwartung haben fast alle englischen und amerikanischen Missionare das Land verlassen müssen und haben ihre verlassenen Arbeitsfelder die Hilfe der deutschen Missionare anrufen müssen. Den deutschen Missionaren dagegen ist die Rückkehr auf ihre Arbeitsfelder selbst nach Ostafrika gestattet. In Indien scheint der Arbeit der deutschen Mission wieder geöffnet zu werden. Die Treue erhält ihren Lohn. Angesichts dieser glänzenden Aussichten muß die deutsche evangelische Christenheit die Missionsarbeit mit verdoppeltem Eifer aufnehmen.“

„Also — wir brauchen gar keine Panzerschiffe und Torpedoboote mehr. Die Generalsynode von Brandenburg erobert das verlorene deutsche überseeische „Terrain“ spielend zurück — mit den Bataillonen der evangelischen Mission.“

Der zweite „Höhepunkt“ der Synode war eine Kampfsprache des rühmlich bekannten Hospredigers D. Döring gegen die „römische Gegenreformation“, so ganz im Stil seiner Kampfsprache „An Rom sterben die Völker“. Es scheint freilich, daß trotz Dörings Rom länger leben wird, als den kleinen Geistern von Berlin lieb ist.

Der Kurator Deutschösterreichs, Generalkommissar Dr. Zimmermann, hat seine Wohnung in Wien gefunden. Dr. Zimmermann ist nach dem Genfer Beschluß ab 1. Januar 1926 nicht mehr daran gebunden, in Wien zu wohnen.

## Die Kredite der Landespfandbriefanstalt.

### Der Prozeß gegen Rehring, Lüders und Gen.

B. S. Vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute vormittag der Prozeß gegen die Direktoren der Landespfandbriefanstalt, 1. Geh. Reg.-Rat Rehring, 2. Direktor Albert Lüders, 3. gegen die ehemaligen Geschäftsführer des Altemwirts-Konfessions, den Kaufmann Rüdiger v. Eydorf, Hauptmann a. D. Wilhelm Albrecht v. Karstedt und den früheren Rittergutsbesitzer Hans Karl v. Carlowitz. Gegen Rechtsanwalt Dr. Beckhoff-Köln ist das Verfahren dagegen unlängst eingestellt worden. Die Verhandlung wird von Landgerichtsdirektor Lehmann geleitet, während als Vertreter der Anklage Staatsanwaltschaftsrat Dr. Zimmermann fungiert. Den Angeklagten stehen folgende Verteidiger zur Seite: Dr. Ray Kisberg, Dr. Gollnick, Justizrat Bronner, Rechtsanwalt Chodziejewski, Justizrat Fritz Labewig und Rechtsanwalt Dr. Saß. Als Zeugen in diesem Prozeß sind u. a. geladen: Bankier Poppelauer, als Sachverständige in banktechnischen Fragen die Direktoren Dr. Weyer und Bornbaum, Rechtsform, Bankier Fritz Schiede und Steuerkonsulent Dr. Georg Schulze; eine Anzahl Zeugen waren beim Aufruf nicht erschienen.

Es folgte zunächst die Feststellung der Personalien, wobei sich ergab, daß Geheimrat Rehring aus der Verwaltungskarriere hervorgegangen ist, er war aber zuletzt Vortragender Rat im Reichswirtschaftsministerium, während Direktor Lüders aus dem Bankfach stammt und früher Leiter der Girozentrale Pommerns und der Stettiner Sparkasse war. Die Angeklagten v. Eydorf, v. Karstedt und v. Carlowitz sind

### frühere Offiziere.

v. Eydorf hat dann das Bankfach erlernt, während die anderen beiden sich in der Landwirtschaft betätigt haben.

Hierauf wurde die Anklage verlesen, die den Angeklagten Untreue bzw. Anstiftung und Beihilfe dazu vorwirft. Wie der Vorsitzende hierzu erklärte, besteht bei Lüders und Rehring außerdem die Möglichkeit, daß ihre Laien auch als intellektuelle Urkundensäufung, Vernichtung amtlicher Urkunden oder falsche Beurkundung durch Beamte zu beurteilen sei, daß ferner bei den übrigen Angeklagten auch Betrug an der Landespfandbriefanstalt (LPA.) in Frage kommen könne.

Dann wurde in das eigentliche Verhör eingetreten, und zuerst Angeklagter Rehring vernommen, der ein Bild von der Organisation der LPA. gab. Wie er betonte, war die LPA. als Körperschaft des öffentlichen Rechtes gegründet worden mit der Aufgabe, dem nicht landwirtschaftlichen Grundbesitz Kredite zur Herstellung von Kleinwohnungen zu beschaffen, und zwar durch Ausgabe von Pfandbriefen, sowie durch Vorkaufnahme kurz- und langfristiger Gelder. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob besonders geführierte Vorteile ihn als Vortragenden Rat veranlaßt hätten, diese Stellung anzunehmen, erklärte Rehring, daß ihn bei der LPA. hauptsächlich die selbständige Stellung, dann aber auch das Gehalt reizte, denn er erhielt das Gehalt eines Ministerialrates mit 50 Proz. Zuschlag. Das Finanzministerium habe dieses Gehalt genehmigt. Allerdings sei er, Rehring, nicht bankmäßig erfahren gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihm als Juristen nicht die Anfangsgründe der Buchführung bekannt gewesen seien, erwiderte der Angeklagte, daß ihm die Möglichkeit einer Kontrolle der Buchhaltung gefehlt habe.

Sehr interessant gestaltete sich dann die Vernehmung des Angeklagten Rehring über den Geschäftsbetrieb der Landespfandbriefanstalt, besonders aber über die Kredite, die das Unternehmen an Siedler hergab und über die Haltung der einzelnen Behörden gegenüber der LPA. Rehring erklärte, daß er sich von Anfang an gegen die Belastung der LPA. durch die Wohnungsgesellschaften gemehrt habe, die als Filiale in das Unternehmen hineingezogen werden sollte. Ministerialdirektor Conze habe jedoch gerade auf diese Einbeziehung der Wohnungsgesellschaften gedrängt und dadurch sei von vornherein der Betrieb unendlich verteuert und die Rentabilität nahezu ausgeschlossen worden. Vorz. Ein besonders nahes Verhältnis bestand zwischen der LPA. und der Heimstätten-Gesellschaft in Magdeburg, die für Kreditabschlüsse fast ein Drittel des künftigen Provision erhielt. Eine solche Beteiligung ist doch sonst ganz ungewöhnlich.

Dabei hatte die LPA. Kreditbedingungen, die kein Siedler zu tragen vermochte.

Wenn sie zum Beispiel 100 000 M. an einen Siedler als Darlehen gab, so berechnete sie einen Disagio von 65 Proz., nahm dann 10 Proz. Abschlagsprovision, ließ sich jährlich 5 Proz. Zinsen zahlen und außerdem mußte der Mann noch jährlich 1 1/2 Proz. der Nominal-

## Städtische Oper: Die heilige Ente.

Das erste Gastgessen der Städtischen Oper, die „Heilige Ente“ des jungen Wiener Franz Gál, wurde als gut und bunt zugerichtete Delikatesserie, hielt aber als wirkliche Köstlichkeit für den Musikergaumen nicht durch. Das nimmt nicht wunder in einer Zeit, die der Operproduktion so unhold ist wie die heutige. In dem hochgetriebenen Streit zwischen Wagner, Verismo und Modernität findet man ein ganz originelles Kopf den rechten Weg zu sich selber. Gál ist ein sehr guter und phantasievoller Musiker, ein noch besserer Kenner fremder Musik, ein eleganter Orchesterdirigier, aber kaum fähig, durch dramatische Bewegung, die in seiner Musik schöpferisch loderte, Interesse zu erwecken, große Visionen zu ziehen, schöne Einfälle zur Kulmination zu bringen, ein Gebilde zu entwickeln, um es aus dem Notendehel zu musikalischen Höchstleistungen zu bringen. Er spielt mit feinen Formen, schafft Musik für Szenen, Bilder, Lieder, Romane und Chöre und findet damit nicht die Entscheidung zwischen Tragik und Ironie, Spiel und Ernst. Am meisten zeigt er Sinn und Begabung für Buffoszenen, wie sich an dem strotzenden Solo Karl Hofmeisters, den Gesprächen der Götter, den Refrains von Gaukler und Tänzerin zeigt. Auch hier bleibt er stecken, immerhin mit sozial-künstlerischem Anstand, daß ein Lustiges am Vorgang auch lustig in der Instrumentation und Dialekt des Gesungenen bleibt. Volkstümliches streift das bekannte, oft mit russischem Einschlag, haftet aber bei der Wiederholung schonmäßig an der Oberfläche. Wo des Hergens Quell sich öffnet, wo ein Wunder an märchenhafter Erkenntnis aufklingen soll, da ist die Keuschheit der Musiksprache, leuchtend oder laut, penetrant. Parival, Siegfried, Mime und Wanderer, Barbier und Prophet — immerfort melden sich solche Themen der musikalischen Diktation. Dabei ist alles von einem kultivierten Geschmack angetrieben, keine voreingenommene Richtung macht sich breit, Modernität meldet sich nur in zart angebrachten Klängen der Akkorde und Sequenzen. Der erste Akt, in seiner Mischung aus Komik und Lied, wird eindrucklos, sobald das gutgetroffene groteske Kolorit verfliehet, der zweite hat eine Szene des Aufschwungs, da, wo die Menschen sich nicht erkennen, und der dritte im Augenblick, wo der Wahnsinn den Mandarinen pocht. Diese großdramatische Ader gibt noch nicht genug Puls her, und so sinkt das Feuer wieder in die Asche der flug und wüßig unterhalten Unterhaltung zurück. Der Musikfänger Gál hat dem schöpferischen Musiker den Weg verstreut, die Bahn zum Befreier der komischen Oper aus dem Dornröschenschlaf ist ihm vielleicht vorgezeichnet.

Das Textbuch von Ledochow und Feld ist nicht unkompliziert, aber guter Opernstoff. Nur, wenn sich im zweiten Akt die Spieler zweifelnd in die Köpfe fassen, so wird ein naives Publikum die gleiche Ausdrucksbewegung parat haben. Ein Götterspiel mit Menschencharakter, aber eine, das sehr gewaltig am Kopf einer Ente herangezogen ist. Die Götter langweilen sich und brüten an

einen wüßigen Einfall, der sie lachen macht. Beim Götter lachen, meint die Menschheit. Ein Kuli, der die Ente zum Festmal des Mandarinen bereithält, erblickt über das goldene Tor hinweg die schöne K. Dieses Götter scheidet Koll von Herrscher. Wer es überschreitet, verfällt dem Tod. Dem lebenden Kuli wird die Ente gestohlen. Da er seine Liebe nicht verraten darf, so wird er dem Heuter übergeben. Eine letzte Bitte erbittet er: Vergessenheit. Und nun verwandelt die Götter die Gestalten, der Ophimtrousch kommt über die Menschen, Mandarinen wird Kuli, Kuli Mandarinen. In der Gestalt des Kuli liebt K den ihr sonst so fremden Mandarinen. Erst der Tag gibt alle Menschen ihrem eigenen Dasein zurück. Alle scheinen geläutert, bekehrt, verwandelt in ihren Sinnen, und als heiliges Symbol der Befreiung, vom Gott geschickt, flattert die Ente dem Zug der Nommen und Bongen voraus.

Was ist der Mensch? Und wie entsteht ein buntes Kleid, ein Amt und eine Würde die Seele der Kreatur. Nur an äußeren Zeichen erkennen sich die Menschen, ihre Kleider, nicht ihre Seelen, ihre Tracht, nicht ihre Zungen reden miteinander. Das ist die schöne, die edle Frage des Buches. „In der erhabenen Seele des strengen Mandarinen kann ein Kulischildal erwachen. Herrenträume im Kuliherzen.“ Tiefste Wünsche werden laut, Sehnsüchte, die nur eine ungerade Weltordnung verschüttet. Ein erster sozialer Ruf nach gleichen Rechten wird laut, würde laut, wenn uns das Ende, das kurze Entlassen des einsamen Kuli nicht in die Lieblichkeit und Schlechtigkeit der an Märchen und Träumen so armen Welt zurückstiehe. Es bleibt alles beim alten, Knecht und Herr tauschen selbst im Land der Utopie ihre Rollen höchstens für eine einzige Nacht des Bergessens. Diejem Stoff in seiner stiftlichen Schürze und undurchsichtigen Führung ist Gál's schönes und unterhaltendes Talent nicht gewachsen gewesen, und so löst sich das Rätsel eines kleinen Mißbehagens in Wohlgefallen auf. Kurt Singer.

Astronomische Observatorien der Vorzeit. Die „Chicago Tribune“ veröffentlicht den ersten authentischen Bericht der letzten wissenschaftlichen Expedition, die von den Vereinigten Staaten zur Erforschung der mittelamerikanischen Katakulturen entsandt war. Diese Berichte beweisen, daß die Katakulturen ein weitaus größeres Gebiet beherrscht hat, als man bisher annahm. In der Ruinenstadt Comalcalco, wo die Hauptarbeiten vorgenommen wurden, grub man ein astronomisches Observatorium aus der Kanapezeit aus, das aus Hügeln und Pyramiden besteht, die so angeordnet sind, daß von dem niedrigsten Hügel aus die Breiten über die Spitzen der Pyramiden hinweg unter genau berechneten Bedingungen die Planeten und fixsterne amifizieren und auf diese Weise Vorausberechnungen von Sonnen- und Mondfinsternissen anstellen konnten. Uebrigens wäre hierbei zu erwähnen, daß bereits im vorigen Jahr in Lagacium ein ähnliches, aber noch vollkommener ausgebildetes Observatorium ausgegraben worden ist. Die Pyramiden dienen zugleich als Grabdenkmäler, in denen auch diese letzte Expedition wertvolle Funde gemacht hat, darunter die schönsten bisher entdeckten Exemplare von Porträtreiefs der Kanapezeit.

Die Zahl der Juden in der Welt. Nach einer Statistik, die vom „Univers Israélite“ wiedergegeben wird, beträgt die Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung in der Welt 14 163 543, also ungefähr ein Prozent der gesamten Menschheit. In Europa beträgt die Gesamtzahl 9 232 576, 2,1 Proz. der Bevölkerung. Im einzelnen verteilen sich die Zahlen auf die verschiedenen Länder folgendermaßen: Polen 2 829 456; ganz Rußland 5 253 324, davon 2 626 667 in Europarussland; 1 772 479 in der Ukraine; Rumänien 834 344; Deutschland 575 000; Ungarn 473 310; Tschechoslowakei 354 342; Oesterreich 300 000; Großbritannien 280 000; Frankreich 150 000; Vereinigte Staaten 3 500 000.

Bestimmungen über die Verwendung von Kirchstemen in Rußland. Ein Kreisbesitz im Gouvernement Moskwa hat an den Gouverneur Sowjet die Anfrage gerichtet, ob es zulässig sei, die Kirchsteme des Kreises als Wassertürme bei der Einrichtung von Wasserleitungen auszunutzen. Auf diese Anfrage ist der Bescheid erteilt worden, daß der Sowjet eine solche Verwendung der Türme für zulässig ansehe, daß aber in jedem einzelnen Fall die betreffende Kirchengemeinde vorher um ihre Zustimmung ersucht werden soll.

Es war so schön gewesen. Uns geht eine von Agnes Straub, Theodor Loos, Lucie Hörslich, Eduard Rümelin, E. B. v. Resnicel, W. Kirchhof, Max Gullstorf und Eugen Köpfer unterzeichnete Zuschrift zu: „Wir unterzeichneten erklären, daß uns der an den Berliner Bischofskathedralen erschienene Aufruf zur Gründung eines Nationaltheaters“ nicht zur Unterschrift vorgelegen hat, und daß wir uns mit seinem Inhalt nicht identifizieren.“

Orgelkonzerte im Dom. Das nächste Orgelkonzert von Professor Walter Fischer findet am Donnerstag, den 21. September, 8 Uhr, im Dom statt. Es wirken mit: Adelheid Widert (Sopran) und Gustav Fineman (Violina). Programm zu 50 Pf. berechtigt zum Eintritt.

Käthe Sporn trägt auf Einladung der Volkshöhle am Donnerstag 8 Uhr im Ritterhof der Groß-Oper Berliner Lieber zur Laute vor. Die Einladungen sind bereits versendet.

Der 60. Geburtstag Friedrich Mendelssohn und Max Habbes wird im Festsaal-Museum am Donnerstag gefeiert. W. A. Reichel spricht über die beiden Dichter, Julius Edgar Schmal liest aus ihren Werken. Marie Ralskin singt drei Mendelssohn-Lieder, declamiert von Karl Schuricht. Am Flügel Konrad Krüger.

Großes Schauspielhaus. Die Direktion legt Wert auf die Feststellung, daß die verschiedenen sogenannten „Kunstgemeinden“ vornehmlich Kunstgemeinde des Mittelstandes (Wesche, Kaden) und Kunst- und Wirtschaftsgemeinde (Krau A. Vanger) schneller Berechtigung haben, ermäßigte Karten für das Große Schauspielhaus in ihren Verzeichnissen anzugeben.

Der hohenzollerische Bund läßt Angehörige der Jungsozialistischen Bewegung und des Vereins „Arbeiter-Augen“ ein zu einer Augenwoche über Volkshochschule ein vom 1. bis 8. Oktober in Rotenburg a. d. Fulda. Es werden dort Angehörige aller Jugendbünde zusammenkommen, die es zur Mitarbeit am Volkshochschulwesen drängen. Anmeldungen an Direktor Bäcker, Stuttgart, Hölberstraße 30. Mitteilungs erhalten auf Wunsch Unterstufung.

Geldhaube in Japan. Die Wälder melben aus Palanga, daß in der dortigen Gegend ein reiches Goldfeld entdeckt worden sei, das auf ungefähr 200 Millionen Lire geschätzt wird. Das Verhältnis ist 4 Gramm Gold in einer Tonne Gestein.

Jumme Verwaltungskosten bezahlet. Auf diese Art und Weise mußte Jhnen der Siedler also im Jahr 35—40 Proz. der geliehenen Summe bezahlen. — Angekl. Nehring: Ich gebe zu, daß die Verhältnisse so lagen, aber man muß in Betracht ziehen, daß damals ganz allgemein hohe Zinsen aus den Prövidentbanken genommen worden sind. Ich habe nach der Gründung der VPA. versucht, die Preussische Staatsbank für uns zu interessieren. Der maßgebende Herr dort war jedoch uns gegenüber sehr skeptisch, weil man der Ansicht war, daß wir bei der schlechten Lage des Geldmarktes von vornherein mit ungenügenden Zinsen arbeiten müßten. Vorl.: Diese Ansicht ist auch vollkommen richtig gewesen, denn Ihre Forderungen sind doch letzten Endes so hoch gewesen, daß der Siedler nach drei Jahren allein an Zinsen das gesamte geliehene Kapital, wie man so sagt, ausputzen mußte. Die VPA. ist doch, wie man ganz klar erkennt, vom ersten Tage an ein lebensunfähiger Organismus gewesen. Wie kam es nun, daß Ihre Forderungen den Kapitalgebern gegenüber so erzwungen hoch waren? Angekl.: Nehring: Es lag daran, daß das Wirtschaftsministerium uns dazu drängte. Dort wünschte man nämlich, daß auch die Wohnungsfürsorge nach in unseren Betrieb eingeschaltet wurde.

Der Angeklagte wies dann weiter auf die finanziellen Schwierigkeiten der VPA. infolge der ständigen Geldentwertung hin. Auf seine Anfrage beim Ministerium, ob er das Geld der Anstalt nicht in Aktien anlegen dürfe, habe er eine abschlägige Antwort erhalten, ebenso habe das Finanzministerium die Erhöhung des Grundkapitals abgelehnt, weil kein Geld da war. Die im Aufsichtsrat sitzenden Abgeordneten hätten dann eine zweimalige Erhöhung der Grundkapitale durchgeführt, zuerst im November 1923, auf 100 Millionen Papiermark, die aber ebenfalls bei der Stabilisierung wertlos waren. Auf Wunsch des Vorsitzenden äußerte sich Angeklagter Nehring auch noch über die Organisation der Geschäftsleitung.

#### Vorsitzender:

Wie kamen Sie nun dazu, fremde Gelder heranzunehmen und auszuliehen? Sie hatten doch nur für Wohnungs- oder Siedlungszwecke tätige zu sein.

Angekl.: Infolge der Notlage meiner Anstalt erkundigte ich mich, wie denn andere Anstalten sich aushalten, da bekam ich den Bescheid, daß sie infolge dieser Zwangslage ihre Zahlungen etwas weitverzögert auslegten. Vorl.: Von wem bekamen Sie diesen Bescheid. Angekl. (zögernd): Das möchte ich nicht sagen. Vorl.: Vom menschlichen Standpunkt verstehe ich zwar Ihre Bemerkungen, aber im Interesse einer gerechten Beurteilung Ihres Falles wäre es doch besser, wenn Sie rücksichtslos auslegten. Angekl. (immer noch zögernd): Wenn ich mich entsinnen würde, dann würde ich es aussagen, aber ich sehe keine Entlastung in meiner Angabe.

Die Verteidigung erklärt schließlich, daß sie sich die vom Vorsitzenden gemachten Mitteilungen für später vorbehalten werde. Angekl.: Die Kreditbeschlüsse ich mir aus privaten Mitteln. Andere haben sich doch auch so gehalten, wie z. B. ganze Städte; wieder andere Anstalten haben sich einer Aktiengesellschaft angegliedert. Das hat aber Ministerialrat Kaiser für uns abgelehnt. Im übrigen habe ich in persönlichen Besprechungen mit Kaiser ihn absolut ins Bild gesetzt und er hat mir nicht widersprochen. Ich kann mit dem nicht natürlich nicht antlich entschuldigen, aber wäre unser Verhalten verwerflich gewesen, dann hätte es mir doch sicher Ministerialrat Kaiser unterzagt. Vorl.: Deshalb entsteht die wichtige Frage, wie weit das Ministerium im Bilde war. Angekl.: Offiziell war das Ministerium nicht im Bilde, aber Kaiser wußte doch persönlich um diese Dinge. Der Angeklagte äußerte sich dann weiter über die Kreditgeschäfte, bei denen es sich immer um kurzfristige Kredite mit hinreichenden Deckungen handelte. Der Vorsitzende wies demgegenüber hin, daß diese Kreditgeschäfte, wenn sie nicht Wohnungs- oder Siedlungszwecke dienen, lahmschädlich sind, wie ja auch seinerzeit gegen die Mitteldeutsche Heimstätte schwere Angriffe wegen ihrer lahmschädlichen Geschäfte gerichtet worden seien. Nehring hätte also besonders vorichtig sein müssen. Dann kam der Vorsitzende auf die Tatsache zu sprechen, daß

#### auch ohne Deckung Kredite gegeben

worden seien, entweder jährlich, oder aus einem bestimmten Grunde. Bei pflichtgemäßer Aufsicht hätte der Angeklagte das feststellen müssen. In diesem Zusammenhang wurde ein Brief vorgelesen, den der Buchhalter Imhoff im November 1923 an die Direktion der VPA. gerichtet und in dem er um seine Entlassung bat, weil er in dem von Direktor Lüders neu eingeführten Buchungssystem eine ständige Fehlerquelle und ein Hindernis für eine ordnungsmäßige Buchführung sehe. Vorl.: Dieser Brief kommt mir vor, wie ein Protest eines alten pflichtbewußten Beamten. Angekl.: Ich bringe diesen Brief nur auf die Buchhaltung. Lüders hatte die amerikanische Buchführung eingeführt, mit der Imhoff nicht einverstanden war. Die beiden kamen überhaupt nicht miteinander aus.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung stellte der Vorsitzende fest, daß die VPA. von einem ganzen Heer von Sonder- und Neben-Gründungen umgeben war, zum Beispiel von der Wohnstättenbank, von der Wohnstätten-Gesellschaft, von Finanzierungs-Gesellschaften usw. Die Kompetenzen der leitenden Personen all dieser Institute hätten einander stets gekreuzt, vielfach habe auch Personalmisbräuche bestanden, so zum Beispiel bei dem Direktor Weyer von der Wohnstättenbank, der in die Landesplanungsanstalt eintrat und dort zu seinem Gehalt sofort eine Zulage von 50 Proz. monatlich und eine Sondervergütung von 5000 Mark im Monat erhielt.

Dann schilderte der Angeklagte, wie die Kreditgeschäfte bei der VPA. zustande kamen und der Vorsitzende ging zunächst auf den Fall des Bankhauses Schappach ein, das in Zahlungsschwierigkeiten geriet und durch das die VPA. 140 000 Goldmark verlor, weil die Kredite ohne Effektendeckung gegeben worden waren. Der Angeklagte Nehring erklärte, daß sein Kollege, der Direktor Lüders, mit diesem Kreditgeschäften betraut gewesen wäre. Lüders sei im November und Dezember 1923 äußerst nervös und krankhaft erregt gewesen. Das habe seinen Grund wohl mit darin gehabt, daß Lüders zu einer anderen Bank gehen wollte, daß er, Nehring, ihn aber nicht aus seiner Verpflichtung der VPA. gegenüber herausgelassen habe. Anfang Dezember 1923 sei Nehring in Magdeburg gewesen, als Lüders ihn anrief und ihm telefonisch mitteilte,

die Firma Schappach habe sich unter Geschäftsaufsicht gestellt und die VPA. habe dabei einen Verlust von 140 000 M. zu erwarten, weil diese Summe ohne Sicherheit gegeben worden sei.

Obm. Nehring, sei das Vorgehen seines Kollegen Lüders vollkommen unüberdacht gewesen, er habe Lüders zur Rede gestellt und dieser habe ihm gesagt: Ich habe stets die Eindrücke gehabt, daß ich von Schappach Deckung für die Kredite hatte, aber ich wußte es nicht genau. Dann habe er, Nehring, mit dem Bankier Schickel von der Firma Schappach persönlich verhandelt und dabei habe Schickel ihm erklärt, daß Direktor Lüders für die Kredite mit Ausnahme des letzten und größten Kredites niemals eine Deckung verlangt habe. — Der Angekl. Lüders stellt das in Abrede. — Vorl.: Es sind von Herrn Lüders drei Kredite an die Firma Schappach gegeben worden, die sich Anfang Dezember 1923 auf 140 000 Millionen, oder umgerechnet 140 000 Goldmark belaufen. Wenn in den Aufstellungen die CPA. besprochen wird, daß die ersten beiden Kredite von der Firma Schappach zurückbezahlt worden seien, so ist das falsch, denn in Wirklichkeit sind niemals Rückzahlungen erfolgt, vielmehr ist die alte Schuld immer wieder durch einen Abzug von dem neuen Kredit ausgeglichen worden. Sie, Herr Nehring, haben doch von diesen Geschäften, auch einen Teil der Verantwortung. Hat Herr Lüders Sie niemals gefragt, ob er diese Kredite hergeben dürfe? — Angekl. Nehring: Ich bin niemals danach befragt worden, denn diese Geschäfte sind immer am Telefon abgeschlossen worden.

Hierauf trat eine kurze Rüttagsspanne ein.

## Schafft Dauerkleingärten.

Ueber 2000 Kleingärtner aus dem Bezirk Wilmersdorf hatten sich in den Viktoriagärten versammelt, um Protest zu erheben, daß der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin, wie auch das Bezirksamt Wilmersdorf bisher nichts unternommen haben, um Dauerkleingärten im Bezirk anzulegen. Befrängte Plakate mit kurzen Inschriften und befrängte Banner betonten in hübscher gleichmäßiger Weise die Forderungen der Kleingärtner. Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes der Kleingartenvereine, Reinhold, hielt das Referat.

Er schilderte die Sorgen der Kleingärtner und die Kämpfe, die der Verband für die Erreichung der gesteckten Ziele mit Magistrat und Ministerien geführt haben. Er wies nach, daß die Schaffung von Kleingärten hygienisch, sittlich und kulturell notwendig ist. Er führte Worte bedeutender Städtebauer des In- und Auslandes dafür an, daß diese Forderung sich auch in diesen Kreisen Geltung zu verschaffen müsse, und konnte es nicht verstehen, daß der Magistrat durch die Presse verkündigen ließ, die Ausführung des Reichsheimstättengesetzes bedeute die Entschädigungslose Enteignung der Grundbesitzer. Er behandelte auch die Stellungnahme der einzelnen politischen Parteien zu dieser Frage und hob hervor, daß nur die Arbeiterparteien, vor allem die SPD., es gewesen sind, die sich für die Rechte und Wünsche der Kleingärtner eingesetzt haben und einlegen werden, und daß die übrigen fast nur schöne Worte gemacht, aber nichts getan hätten. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen Vertreter aller Parteien. Das Bezirksamt Wilmersdorf war nicht vertreten, dagegen die Bezirksversammlung durch mehrere Bezirksvereine. Die Vertreter der Deutschnationalen, Volksparteier und Demokraten betonten, sie wären selbst Kleingärtner und wollten sich auch nach Möglichkeit dafür einsetzen, daß ihre Parteifreunde dafür einträten. Ungläubige Stimmen aus der Versammlung wurden mehrfach laut. Genosse Stadtrat Hermes-Steglich sprach im Namen des Bezirksverbandes der SPD. und versicherte den Kleingärtnern das lebhafte Interesse der Partei. Er betonte, daß dieses Interesse nicht nur vor den Wahlen auftauche, wie bei den bürgerlichen Fraktionen, sondern daß es durch mannigfachen Eintreten der Fraktion im Stadtparlament, durch Anfragen beim Magistrat über den Verbleib des Ortsstatuts zu den Ausführungsbestimmungen des Reichsheimstättengesetzes bewiesen sei. Daß aber auf diese Anfragen der Sozialdemokrat immer noch keine Antwort erfolgt sei, es sei denn, man wolle die neueste Auslosung des Magistrats in der Presse dafür nehmen. Er betonte, daß die Versprechungen der bürgerlichen Vertreter so zu werten seien, wie ihre Versprechungen bezüglich der Zustimmung vor der Hindenburgwahl. Zum Schluß forderte er die Aufmerksamkeit auf, daß für jeden Kleingärtner seine Stimme unserer Partei gebe. Die kommunistische Vertreterin wies auf den Weg des gesellschastlichen Zusammenschlusses der Kleingärtner hin.

Nach einem Schlußwort des Referenten, der nochmals betonte, die Kleingärtner müßten nun wissen, was sie ihre Stimmen geben wollten, und in dem er sie nochmal zu festem Zusammenschluß aufforderte, schloß ein großer und wirkungsvoller Demonstrationzug vor die Häuser des Bürgermeisters Franke und des Stadtsaurats Gräber die Versammlung.

## Das falsche Attest.

### Hart am Gefängnis vorüber.

Attest brachte einen Arzt in eine äble Lage. Der praktische Arzt Dr. B. mußte sich vor dem Gericht wegen Urkundenfälschung verantworten. Er war beschuldigt, als Arzt ein unrichtiges Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Zwecke des Gebrauchs vor einer Behörde wider besseres Willen ausgestellt zu haben.

Ein Herr A., den der Angeklagte seit 2 Jahren als Kassenpatienten kannte, sollte auf Veranlassung des Wohnungsamts seine Wohnung räumen, weil er sie unzureichend bewohnt hatte. Um einen Aufschub sich zu verschaffen, stellte ihm Dr. B. dann auf sein Verlangen ein zunächst nicht zu beanstandendes Attest aus, daß Frau A. sich im vorgerückten Stadium ihres Zustandes befände. Dieses Attest wurde jedoch als zu unbestimmt vom Wohnungsamt zurückgewiesen. Darauf legte sich A. eines Morgens nachmals zu dem Angeklagten, ließ Dr. B., der fast die ganze Nacht bei der Behandlung einer Nasenentzündung ärztlich tätig gewesen war, aus dem Bett holen und schilderte ihm seine unglückliche Lage. Unter Hinweis auf seine jüdischen Wohnungsverhältnisse, die schon den Tod eines Kindes verursacht hätten und eine schwere Gesundheitsgefährdung seiner Frau bedrohten, beschwor er ihn buchstäblich auf den Knien, ihm dadurch zu helfen, daß er ein Attest ausstelle, daß seine Frau kurz vor der Entbindung stände. In diesem Falle wird nämlich von den Wohnungsämtern ein Aufschub bis zu zwei Monaten gegeben. Nach anfänglichen Ablehnen und nachdem A. ihm versichert hatte, er wolle das Attest gar nicht dem Wohnungsamt vorlegen, sondern nur einem Bekannten, der Beziehungen zu demselben habe, gab der Arzt in seiner körperlichen Erschöpfung schließlich dem Drängen nach und attestierte, daß er nach ärztlicher Untersuchung diesen Befund festgestellt habe. Das Wohnungsamt schloß jedoch Verdacht, ließ die Frau durch den Stadtrat untersuchen und so kam die Sache heraus. Das Schöffengericht Berlin-Weißhof verurteilte Dr. B. darauf wegen Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängnis, indem es ausführte, der Angeklagte als Mann von Bildung und Erfahrung habe die von A. als Zeugen nicht bestellten Zeugnisse, das Attest dem Wohnungsamt nicht vorlegen zu wollen, als Waise erkennen müssen. Auf höhere Strafe sei nicht erkannt worden, weil er aus Mitleid gehandelt habe, auf eine Geldstrafe dagegen auch nicht, da das Attest eine traffe Wüge darstelle. Auf die durch Rechtsanwalt Dr. Ake eingeleitete Berufung hin erkannte jedoch die Strafkammer des Landgerichts III auf Freisprechung. Es wurde angenommen, daß Dr. B. in seiner eifrigen Abspannung gemäß der Versicherung des A. mit einem Vorlegen des Attests bei dem Wohnungsamt nicht gerechnet habe. Jahrlänglich habe er allerdings gehandelt, jedoch reicht dies zu einer Verurteilung nicht aus.

Paul Johns Bekanntschaft. In unserem am Sonntag (in Nr. 445) gebrachten Bericht über die Bestattung des Bürgermeisters Genossen Paul John ist durch Umstellung und Ausfall einiger Zeilen der Sinn entstellt worden. In der betreffenden Stelle, bei der Rede des Oberbürgermeisters Böß, lautet der Bericht richtig so: „Bürgermeister John war einer der treuesten, zuverlässigsten, fleißigsten, tüchtigsten Beamten, die wir in unserer weitverzweigten Verwaltung haben. Mit seiner ganzen Person hing er an der Stadt Berlin. Er war der Rechte, in den schwersten Jahren an dem Aufbau des neuen Berlin mitzuwirken. Denn er war mit dem ganzen Herzen bei der Sache und hatte dann auch Erfolg. Er war aber auch der Mann, der gerade für die besondere Aufgabe im Bezirk Prenzlauer Berg sich eignete.“

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche ihre Sitzung am Donnerstag um 4½ Uhr. Eine Erledigung der ganzen Tagesordnung, die infolge Uebernahme vieler Rufe aus früheren Sitzungen nun schon wieder 43 Beratungsgegenstände enthält, ist unmöglich. Auf der Tagesordnung steht unter anderem auch noch der schon Mitte Juni eingeleitete sozialdemokratische Antrag, der ein Ortsstatut zur Schaffung von Kleingartenkolonien fordert. Zu den neueren Anträgen gehört der sozialdemokratische Antrag auf Unterstüzung abgebauter Gemeindefürsorge, der jetzt zur zweiten Beratung auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Das Spielen mit Schusswaffen. Die oft gerügte Unsitte, jugendlichen Personen eine Schusswaffe in die Hand zu geben, hat wieder einen bedauerlichen schweren Unfall herbeigeführt. Der 15 Jahre alte Lehrling Karl Döhr aus Dirschgärten zeigte seinen

Romerden die Waffe, ein 6-mm-Zelbing, und hantierte auf der Straße damit. In diesem Augenblick kam sein Vater, der 18-jährige Schüler Hans Döhr aus Berlin, auf seinem Rade die Chaussee entlang. Zum Scherz zielte D. nach dem Knaben, und in der Meinung, daß die Waffe nicht geladen sei, drückte er ab; fast gleichzeitig schloß sich in den Kopf getroffen lautlos vom Rade auf die Chaussee. Der Verletzte wurde sofort nach dem Krankenhaus in Köpenick gebracht. Wie die Ärzte feststellten, ist die Kugel in das Gehirn gedrungen, so daß kaum eine Hoffnung besteht, das Leben zu erhalten.

## Eine Rabenmutter.

Eine brutale Erziehungsmethode, die die Ehefrau Knylich ihrem unehelichen mit in die Ehe gebrachten Kinde, einem jetzt sechsjährigen Mädchen, hatte angeheben lassen, spiegelte in trostlicher Weise die Verhöhnung der gegen sie gerichteten Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung wieder. Hausbewohner hatten längere Zeit bereits wahrgenommen, daß bei Tag und auch bei Nacht aus der Wohnung der Angeklagten herzzerreißendes Jammern und klägliches Schreien drangen. Als sie dann einmal hörten, wie das Kind die Mutter um Gnade anflehte, erstatteten sie endlich Anzeige. Es traten dann verschiedene Augenzeugen auf, die gesehen hatten, in welcher barbarischer Weise das Kind von der Mutter mißhandelt worden war. Einmal hatte sie das Kind auf die Erde geworfen, ihm mit dem Fuß auf die Hand getreten, um es am Boden festzuhalten. Dann schlug sie das Kind mit einem Knienstock mehrmals auf den Kopf und Gesicht und die Ohren mit Häuten bearbeitet worden. Eine Nachbarin stellte die rabiate Frau hierauf zur Rede, jedoch bekam sie nur die Antwort: „Das Ohr ist ja noch dran, ich freie mich aber, daß endlich einmal Blut geflossen ist.“ Das Schöffengericht Berlin-Mitte, vor das die Rabenmutter zunächst zur Verantwortung gezogen wurde, verurteilte sie zu 1 Jahr Gefängnis und nahm sie sofort in Haft. Auf ihre Berufung hin sah jedoch die Strafkammer des Landgerichts I die Sache etwas milder an, da mit Erfolg nachgewiesen werden konnte, daß das Kind sehr ungenötigt gewesen war und gefährliche Nachbarn die Mißhandlungen übertrieben hätten. Die Strafe lautete daher auf 9 Monate Gefängnis unter Verrechnung von 2½ Monaten Unterbringungshaft.

Auch ein Ketzereid. Unter diesem Titel brachten wir in der Morgenausgabe vom 20. September einen Artikel, in dem der Druckfehleraufseher einige Fehler und Ungeäuigkeiten eingeschmuggelt hat. Also Genosse Weyl wurde von dem Herrn Dr. Scheyer, dem Teilhaber an den 15 000 M. Ehrenloß, in der Verzehrer-Kommunikation „belehrt“, weil er auf Anregung von Dr. Scheyer erreicht hat, daß zwischen den bis dahin ohne Vertrag tätigen Schulärzten und der Stadt Berlin ein fester Vertrag abgeschlossen wurde. — Beim Wohlfahrtsministerium handelt es sich natürlich um vollqualifizierte Kreisärzte nicht Kassenärzte. Zu dem „Verbrechen“ des Gen. Weyl gehört es, daß auf seinen Antrag vom Landtag ein Gesetzentwurf zur Erregungsbereitschaft fertiggestellt wurde, der die von uns mitgeteilten Rezessionen enthält und der dem Landtag bei seinem jetzigen Zusammentritt vorgelegt wird. Der von uns erwähnte Vorstoß einer Arbeitsgemeinschaft datiert vom Jahre 1923. Durch diese Berichtung hoffen wir die „wirklichen“ Verdienste der standtreuen Ketzereiführer der dankbaren Nachwelt zu erhalten.

Dachstuhlbrand in Südde. Die Feuerwehr und die Brandkommission der Kriminalpolizei wurden heute früh nach dem Grundstück Steglitzer Straße 36 in Südde gerufen. Hier haben gegen 4½ Uhr Kokanten Qualm aus dem Dachstuhl herausdringen. Sie wackeln sofort die Hausbewohner und rufen zugleich die Steglitzer Feuerwehr an, die in kürzester Zeit erschien. Es brannte auf dem Boden und auch die Decke über dem 4. Stock war bereits ange-schwelt, aber noch nicht durchgebrannt. Das Feuer war bald gelöscht. Es ist wahrscheinlich durch Fahrlässigkeit oder Unvorsichtigkeit entstanden. Vorsätzliche Brandstiftung liegt wohl nicht vor. Daß der Putzmeister der Passagen, die auf ihren Gängen durch die Straßen jetzt nicht auf die Dächer zu achten pflegen, wurde ein großer Schaden verurteilt.

Steuer-Abend in Berlin. Am den Steuer-Abend, der Dienstag, den 22. d. M., im Reichs-Hotel der Philharmonie stattfand, gibt es außerordentliches Interesse. Zum erstenmal in Berlin und hier von den Damen und Herren aus Genuß, die ihren Mühen nach jetzt auf ihrer Welt durch Bräutigam Erträge bringen haben, der Steuer-Abend und der Steuer-Tanz in unvorstellbarer Schönheit vorüber. Am Verein mit dem Philharmonie-Orchester und mit den Rezitationen des jungen Hofmanns aus der Musik- und Schauspielkunst wird der Abend mit dem deutschen Wortschatz und seinen Werten reichlich versehen. Der gelehrte Referent liegt dem deutsch-österreichischen An der Philharmonie zu.

## Neue Brandkatastrophen in Tokio.

### Die Ursache des Feuers im Parlamentsgebäude.

Tokio, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag ist die Hauptstadt Japans erneut von schweren Bränden heimgesucht worden. Der Palast des Ministerspräsidenten wurde durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört; der Schaden wird auf 20 Millionen Yen geschätzt. Am Sonntag vormittag wurde das Schloß des Prinzen Takugawa durch einen Brand völlig zerstört. Nach der Zerstörung des Parlamentsgebäudes durch Feuer erlagen diese zwei Brände denen wiederum öffentliche Gebäude zum Opfer gefallen sind, in Japan größte Aufmerksamkeit, da politische Unruhen vermutet werden.

London, 21. September. (Tl.) Wie der Times-Korrespondent aus Tokio berichtet, ist die Ursache der Brandkatastrophe des Parlamentsgebäudes bereits geklärt. Ein Arbeiter hat seine Benzolampe unbewacht stehen lassen. Das Schloß hat den Bau eines zweistöckigen Gebäudes, dessen Kosten etwa 1 500 000 Yen betragen würden, um für die kommende Winternitzung einen Raum zu finden. Die Parlamentsöffnung wird im Kaiser-Palast stattfinden.

## Schwere Flugzeugunfälle in Italien.

Rom, 21. September. (Tl.) Heute haben sich zwei schwere Flugzeugunfälle ereignet. In Pisa ist ein Wasserflugzeug während eines Instruktionfluges infolge falschen Manövrierens umgeklippt und aus 500 Meter Höhe zu Boden gestürzt. Der Pilot, ein Fliegerleutnant, und der Beobachter waren auf der Stelle tot. Das zweite Flugzeugunfall ereignete sich bei Mailand. Hier sind die beiden Insassen nur verletzt worden. Das Unheil ist durch einen angeblichen Motorfehler verursacht worden, welcher der Piloten zu einem plötzlichen Sturzflug veranlaßte.

## Schwerer Bankraub in Koblenz.

Koblenz, 19. September. (Tl.) Als gestern vormittag gegen 11 Uhr bei einem großen Geldtransport von der Reichspost zur Reichsbank im Schalterraum der Reichsbank die Beträge abgezählt werden sollten, stellte sich heraus, daß plötzlich ein Diebstahl, der 92 000 M. enthielt, und nicht neben dem Beamten stand, verurteilt worden war. Die Affäre erregt in Koblenz großes Aufsehen. Man nimmt an, daß es sich um einen von langer Hand vorbereiteten großen Schlag handelt und daß sich der Spießbube zunächst tagelang mit den Gepflogenheiten der Beamten vertraut gemacht hatte, um dann im geeigneten Moment den Diebstahl auszuführen.

Schiffskatastrophe auf der Ostsee. Der estnische Biermosthoner „Veona“ wurde von dem Dampfer „Orlando“ bei dem Feuer-schiff von Gledier in den Grund gebohrt. Die acht Mann starke Besatzung der „Veona“ wurde von der „Orlando“ gerettet und in Holtenau ans Land gebracht.

